

Nachhaltig leben im Wald und in der Wüste

Zwei Länder mit zwei unterschiedlichen Konzepten für ökologisches Leben. In einem Ökodorf in der Nähe von Wolfsburg leben 140 Menschen gemeinsam. Und die Arabischen Emiraten planen eine riesige nachhaltige Stadt.



Wer in Wolfsburg nicht in der Autostadt hängen bleibt, sondern seine Tour mit Regionalzug und Bus bis in das kleine Dorf Poppau fortsetzt und dann dem Wegweiser in Richtung „Sieben Linden“ folgt – der landet in der gleichnamigen Ökosiedlung. Seit 1997 wohnen hier zur Zeit rund 140 Menschen, davon 40 Kinder, die sich einem ökologisch nachhaltigem Leben verschrieben haben. Die Planungen für die Siedlung begannen bereits Ende der 1980er Jahre. „Wir sind damit vermutlich die einzige Dorfneugründung in Deutschland seit dem zweiten Weltkrieg“, sagt Michael Würfel, der seit 2007 in der Gemeinschaft lebt.

Den ursprünglichen Vorsatz ausschließlich Produkte aus eigenem Anbau zu konsumieren, kann das Dorf jedoch nicht mehr vollständig umsetzen. „Wir haben auch einen Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt und wollen den Menschen zeigen, dass es möglich ist, so zu leben“, sagt Würfel weiter. Dafür veranstaltet die Gemeinschaft regelmäßig Seminare – beispielsweise zum Strohballenbau oder zur Besinnung. Zudem gibt es jeden ersten Sonntag im Monat ein Café, bei dem interessierte Besucher das Dorf kennenlernen können.

Wie viele Ökodörfer dieser Art es in ganz Deutschland gibt, ist schwer zu sagen, da die Grenzen zwischen Kommunen, Ökodörfern und anderen gemeinschaftlichen Lebensformen oft fließend sind. Eurotopia ist ein Verzeichnis, das trotzdem versucht die europäischen Ökosiedlungen zu katalogisieren. In der aktuellsten Auflage von 2009 sind dort

400 Gemeinschaften aufgeführt. Zur Zeit wird jedoch an einer Neuauflage gearbeitet.

Doch nicht nur in Europa gibt es Plansiedlungen für ein nachhaltigeres Leben. Eines der größten Projekte soll zur Zeit ausgerechnet in den Arabischen Emiraten umgesetzt werden, die sonst eher für eine anti-ökologische Lebensweise bekannt sind. Mitten in der Wüste soll hier eine ganz neue, sich selbst versorgende Stadt entstehen. Während ein ähnliches Projekt in China, das ursprünglich zur Expo 2010 eröffnet sein sollte, inzwischen aufgegeben wurde, halten die Emirate noch an ihrem Vorhaben fest und bauen seit 2008 an ihrer Stadt. Aktuelle Planungen zufolge sollen die ersten Menschen 2015 einziehen können,

bis der Bau dann zehn Jahre später abgeschlossen sein soll. Dann sollen 40.000 Menschen auf der Fläche von rund 6 Quadratkilometern wohnen.

Dabei war zunächst geplant, die Stadt bereits im Jahr 2016 fertigzustellen. Doch die Finanzkrise und der ehrgeizige Plan, die sich parallelasant entwickelnde Technik erneuerbarer Energien umzusetzen, sorgten für Verzögerung. Bis zur endgültigen Fertigstellung wird das Projekt rund 20 Milliarden US-Dollar verschlungen haben. In Mosdar sollen jedoch nicht nur Menschen leben, sondern auch forschen. Bereits jetzt sind dort Institute für erneuerbare Energien entstanden und nachhaltige Industrie wird mit großartigen Subventionen gelockt.

In Sieben Linden in der Altmark sieht es jedoch anders aus: Wer in dem Ökodorf leben möchte, muss über 12.000 Euro für seine Genossenschaftseinlage bezahlen. Zusätzlich muss ein Gemeinschaftskurs absolviert und eine einjährige Probezeit in der Gemeinschaft überstanden werden. Doch was ist, wenn jemand das nötige Geld nicht zusammenbekommt? „Ich habe mir das Geld auch von einem Freund geliehen und dann abgestottert“, sagt Würfel mit einem Achselzucken. Viele der potenziellen Einwohner, die sich auf die Probezeit einlassen, kommen aus der Stadt und suchen bewusst den Ausgleich auf dem Land zwischen Komposttoilette und Lehmhäusern. Und falls es doch zu ruhig wird: Die Busse mit Anschluss nach Hannover, Hamburg oder Berlin fahren regelmäßig.



Wir überlassen unsere Zukunft nicht der Politik!

Nicht nur in der Stadt können sich Jugendliche politisch engagieren. Sondern auch im ländlichen Raum. Zum Beispiel für den Klimaschutz. Ein Bericht über das Projekt „KliMotion“ und ein umweltpolitischer Kommentar.

von carl frederick luthin

„Ein guter Tag für die Wirtschaft“, jubeln die einen. „Ein schwarzer Tag für das Klima!“, klagen die anderen. Das Europäische Parlament lehnte am 16. April die Rettung des EU-Emissionsrechtshandels ab. Diese Entscheidung führt uns wieder einmal erschreckend vor Augen, dass die Politik wirtschaftliche Interessen über Zukunftsinteressen stellt. Jugendliche der niedersächsischen Initiative „KliMotion“ starteten daher in ganz Niedersachsen Klimaschutzprojekte.

2,63 Euro pro Tonne CO₂ – mehr scheint unsere Zukunft den meisten Parlamentariern in Straßburg nicht wert zu sein. Auf diesen Wert sanken die Kosten für den Ausstoß von Treibhausgasen im April. Der Emissionshandel, der ursprünglich die CO₂-Emissionen der europäischen Industrie mindern sollte, verkommt zu einer Farce. Und Deutschland – bislang Vorreiter im Klimaschutz – trägt maßgeblich dazu bei. Denn erst die Zerstrittenheit der deutschen Minister Peter Altmaier (CDU) und Philipp Rösler (FDP) motivierte viele Eurokraten dazu, sich gegen die Reform des Emissionshandels auszusprechen. Konsequenter Klimaschutz ist mit der Bundesregierung offenbar nicht möglich. Eigentlich kein Wunder, da jedes zweite Mitglied der CDU und sogar der SPD bereits über 60 Jahre alt ist. Für wen Zukunft lediglich noch 20 Jahre bedeutet, der hat vermutlich kein ureigenes Interesse an einem nachhaltigen Umgang mit unserer Erde. Umso erschreckender ist da die Aussicht, dass schon bald über die Hälfte aller Wahlberechtigten in Deutschland älter als 60 sein werden. Zukunftsweisende Entscheidungen werden dann wohl noch schwieriger durchzuset-

zen sein. Es gilt, jetzt zu handeln.

Denn es ist noch nicht zu spät. Wenn bis 2020 die richtigen Maßnahmen ergriffen würden, sei der Klimawandel noch auf ein erträgliches Maß zu begrenzen, meint Hans Joachim Schellnhuber, der Direktor des renommierten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Die Rettung unserer Erde „kostet die Menschheit nur wenige Prozent ihrer Wirtschaftsleistung. Was bisher allein fehlt, ist der politische Wille“, sagt Schellnhuber im Interview mit der ZEIT. Wenn Klimaschutzpolitik von oben nach unten nicht funktioniert, muss der Druck von unten – von uns Jugendlichen – kommen. Mit dieser Idee haben rund 15 Schüler aus ganz Niedersachsen im Herbst letzten Jahres die Initiative „KliMotion – JugendKlimaAktionen Niedersachsen 2013“ gegründet. Sie wollen Jugendliche zu aktivem Klimaschutz motivieren und so eine Botschaft an die Politik senden: Die Jugendlichen kämpfen für ihre Zukunft!

Klimaschutz beginnt im Kleinen. Deswegen möchte die Initiative Jugendliche dazu animieren, in ihrem lokalen Umfeld aktiv zu werden und einen messbaren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. „KliMation“ organisiert in ganz Niedersachsen Ideenwerkstätten, um gemeinsam mit interessierten Jugendlichen kreative Ideen für Klimaschutzprojekte zu entwickeln. Ein Ideenpool auf der Website www.klimotion.de steht den Jugendlichen dabei Seite, der beständig erweitert wird und die Aktiven bei der Initiierung eigener Projekte unterstützen soll. Außerdem greift das Projekt Jugendlichen bei der Organisation und Umsetzung ihrer Ideen unter

die Arme oder stellt Kontakte zu anderen NGOs her.

Ein zentrales Element der Arbeit von „KliMotion“ ist die Vernetzung. Überall in Niedersachsen gibt es zahlreiche Gruppen, die tolle Klimaschutzaktionen auf die Beine stellen. Damit andere von ihren Erfahrung profitieren und sich austauschen können, möchten wir ein Netzwerk schaffen, in dem Jugendliche sich gegenseitig inspirieren und anregen. All das soll in einem großen Klimabasar am 2. Oktober 2013 in Hannover münden, auf dem ein intensiver Erfahrungsaustausch und eine feste Vernetzung möglich sein sollen.

Mit Stefan Wenzel hat nun der niedersächsische Umweltminister die Schirmherrschaft für „KliMotion“ übernommen und den Jugendlichen damit seine Unterstützung zugesichert.

KliMotion
Heute und nicht morgen!

